

Frick empfängt Aussenminister des Kosovo

Vaduz Auf Einladung von Aussenministerin Aurelia Frick weilte ihr Amtskollege aus dem Kosovo, Enver Hoxhaj, am Dienstag und Mittwoch auf Besuch in Liechtenstein. Neben dem unerwarteten Wahlausgang in den USA wurde im Arbeitsgespräch mit Regierungsrätin Aurelia Frick vor allem die bilaterale Zusammenarbeit, die wirtschaftliche Entwicklung und die Partnerschaft beider Staaten im Migrationsbereich thematisiert. Über 1000 Personen aus Kosovo waren im Verlauf der 1990er-Jahre nach Liechtenstein gekommen. Liechtenstein und



Die Aussenminister des Kosovo und Liechtensteins: Enver Hoxhaj und Aurelia Frick. Bild: ikr

Kosovo haben 2012 eine Migrationspartnerschaft abgeschlossen, in deren Rahmen die Rückkehr von Flüchtlingen durch Projekte gefördert wird. Zusammen mit Moldawien gehört Kosovo dadurch zu den Schwerpunktländern von Liechtensteins Internationaler Humanitärer Zusammenarbeit und Entwicklung in Europa.

Zudem besprachen Frick und ihr Amtskollege die Anstrengungen Kosovos um Anerkennung und den Beitritt zu internationalen Organisationen. Liechtenstein hat die Unabhängigkeitserklärung Kosovos 2008 als weltweit 33. Staat anerkannt. Auch die allgemeine Situation auf dem Balkan sowie die Flüchtlingskrise wurden thematisiert. (ikr)

Aufweitung findet viele Fürsprecher

Renaturierung In einer von der «Werkstatt Faire Zukunft» initiierten repräsentativen Umfrage unter Liechtensteiner Stimmbürgern sprechen sich über zwei Drittel grundsätzlich für die Aufweitung des Alpenrheins aus.

Oliver Beck
obeck@medienhaus.li

Bereits vor zwei Wochen hatte die Initiative «Werkstatt Faire Zukunft» verlauten lassen, dass eine von ihr in Auftrag gegebene repräsentative Umfrage unter den stimmberechtigten Liechtensteinern eine mehrheitlich positive Haltung gegenüber der Renaturierung des Alpenrheins zutage gefördert habe. Gestern folgte im Liechtenstein-Institut die Präsentation des Zahlenwerks.

Dass die Medienorientierung in der Forschungsstelle in Bendern stattfand, kommt nicht von ungefähr. Die «Werkstatt Faire Zukunft» hatte ihre Fragen im Anhang einer Umfrage des Instituts zur Abstimmung über die Kita-Förderung platziert. «Nach den jüngsten Ereignissen in den USA sind Umfragen womöglich ein wenig diskreditiert», verwies Institutsleiter Wilfried Marxer augenzwinkernd auf die durchs Band falschen Prognosen für den Ausgang der US-Präsidentenwahl. Andererseits, schob er augenblicklich hinterher, pflege das Liechtenstein-Institut seine Umfragen nach und nicht im Vorfeld einer Abstimmung oder Wahl durchzuführen. Will heissen: Den Ergebnissen der Befragung von 502 Liechtensteiner Stimmbürgern zum Thema Rheinaufweitung darf ohne Bedenken Glauben geschenkt werden.

Peter Goop: «Für uns ist das ein guter Tag»

Den Umfrage-Initianten selbst, die sich schon länger für die Alpenrhein-Aufweitung einsetzen, fällt das besonders leicht. «Für uns ist das ein guter Tag», freute sich Peter Goop, der die Grün-



Wilfried Marxer (Liechtenstein-Institut) und Peter Goop (Werkstatt Faire Zukunft) informieren über die Umfrage. Bild: Daniel Schwendener

derung der «Werkstatt Faire Zukunft» einst massgeblich vorantrieb. Die Zahlen bestätigen mehrheitlich das, was man sich ohnehin schon in etwa so gedacht habe.

Zuvorderst natürlich, dass die Liechtensteiner allfälligen Aufweitungsmassnahmen des Alpenrheins durchaus einiges abgewinnen können. Der Renaturierung im Gebiet von Graubünden bis zum Bodensee ganz grundsätzlich positiv gegenüber stehen laut Umfrageergebnissen über zwei Drittel der Befragten. 35 Prozent sind klar, 34 Prozent zumindest eher dafür. Von diesen gesamthaft 69 Prozent befürworten wiederum 81 Prozent auch Renaturierungsmassnahmen in Liechtenstein, 41 Prozent klar, 40 Prozent eher. Unter Einbezug aller Befragten – also auch jener, die eher oder klar gegen Aufweitungen des Alpenrheins sind – sind jene Personen, die Massnahmen generell wie

auch in Liechtenstein eher oder klar befürworten, mit 55 Prozent ebenfalls in der Mehrheit.

Nicht unbedingt erwartet hätten Goop und seine Mitstreiter dagegen die breite Zustimmung für die Beanspruchung von Landwirtschaftsböden im Zuge der Realisierung von Aufweitungsmassnahmen. 70 Prozent aller, die sich grundsätzlich für die Renaturierung des Alpenrheins aussprechen, befürworten im Fall von Massnahmen in Liechtenstein eine solche Praxis. Nur zehn Prozent sind strikt dagegen. «Für uns», strich Goop heraus, «ist das eine positive Überraschung.»

Ein Fluss, der «fast nicht mehr lebt»

Was die Umfrage ebenfalls aufzeigt, sind die Prioritäten, welche die hiesigen Stimmbürger bei Rheinaufweitungen in Liechtenstein setzen. Die Spitzenposition nimmt demnach ganz klar der

Hochwasserschutz ein, den 95 Prozent als ziemlich (24) oder sehr wichtig (71) erachten. Die Stärkung von Erholungswert respektive Naturwert folgt mit 81 beziehungsweise 78 Prozent auf den Plätzen zwei und drei.

Womöglich orteten die Vertreter der «Werkstatt Faire Zukunft» angesichts der Lücke zum Sicherheitsaspekt noch weiteren Sensibilisierungsbedarf. Jedenfalls nutzten sie die gestrige Gelegenheit, um nochmals entsprechende Hinweise anzubringen. «Der Fluss wurde ökologisch nicht richtig behandelt», hielt Mario Broggi fest. Der Alpenrhein sei eingengt worden, er trage ein Korsett. «Er lebt fast nicht mehr.» Deshalb, so Peter Goop, sei die Verbesserung des Naturwerts für sie am wichtigsten.

Der Erholungswert wiederum, befanden die beiden unisono, würde durch die Ergreifung von Renaturierungsmassnahmen au-

tomatisch zunehmen. «Der Alpenrhein wäre Biotop und Psychotop zugleich», so Broggi. Denn: «In einer attraktiveren Gegend lebt es sich einfach besser.»

Dort, wo Renaturierungsmassnahmen bereits realisiert wurden, scheint genau dieser Effekt eingetreten zu sein. Die neu gestaltete Landschaft an der Thur beispielsweise, erzählt Goop, werde von den Bewohnern des Tals sehr positiv wahrgenommen. «Es werden sogar schon weitere Aufweitungen gefordert.»

Entlang des gut 90 Kilometer langen Alpenrheins sind es gegenwärtig deren 19, die in einem 2005 von Österreich, der Schweiz und Liechtenstein ausgearbeiteten Konzept vorgesehen wären. Vier davon befänden sich auf der rund 28 Kilometer langen Strecke, auf der sich der Fluss an Liechtensteiner Staatsgebiet anschmiegt – konkret in Balzers, Vaduz, Eschen und Ruggell.

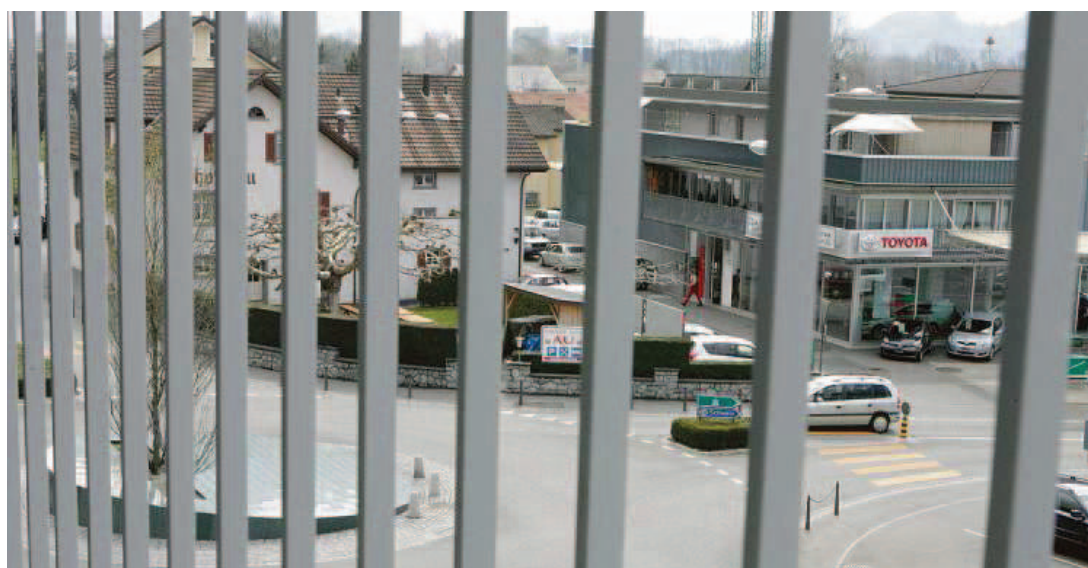
Graubereich überschritten, schuldig gesprochen

Kriminalgericht Gestern wurde ein Erpressungsfall vor Gericht in Vaduz verhandelt. Nicht nur der Angeklagte, sondern auch die Zeugen haben keinen einwandfreien Leumund.

Erpressung und versuchte Nötigung wurden gestern einem Angeklagten vor dem Kriminalgericht in Vaduz vorgeworfen. Dieser ist kein Unbekannter – er hat bereits einige Vorstrafen und sass schon mehrmals auf der Anklagebank. Dieses Mal soll er in drei Fällen von Personen Geld gefordert haben – und das nicht in jedem Fall mit Anspruch darauf. Der Angeklagte soll nämlich in den vergangenen Jahren Inkassoaufträge ausgeführt haben. Bei einem der Zeugen soll der Angeklagte jedoch ohne Anspruch 60 000 Euro verlangt und diese auch bekommen haben. Dabei soll er dem Zeugen gedroht haben, dass er wisse, wo seine Frau und seine Kinder wohnen. «Ich habe selbst eine Familie und würde das nicht machen», verteidigte sich der 43-Jährige.

«Der Angeklagte ist zu allem bereit»

Ein anderer Zeuge, der dem Angeklagten Inkassoaufträge erteilte, sagte aus, das betriebene Geld nicht zurückerhalten zu haben. Dabei handelte es sich um 55 000 Franken. Nachdem er den Angeklagten darauf ansprach, habe



Das Kriminalgericht verurteilte einen 43-Jährigen zu sechs Monaten Haft. Bild: Archiv/Elma Korac

ihm dieser gedroht, ihn «mordtot zu machen». Der Zeuge hatte Angst, wie er vor Gericht sagte. Noch mehr Angst habe er aber, wenn er den Gerichtssaal verlassen werde. Unter anderem begründete er diese Angst mit dem Auftreten des Angeklagten und damit, dass er Mitglied eines bekannten Motorrad- und Rockerclubs ist. «Er ist zu allem bereit», war sich der Zeuge sicher.

Die beiden Zeugen erschienen erst am Nachmittag vor Gericht, nachdem sie von der Landespolizei aufgesucht und um Erscheinung gebeten wurden. Sie hätten sich in der Woche vertan, waren die Ausreden für das Nichterscheinen. Ausserdem machten beide darauf aufmerksam, dass ihr Gedächtnis nicht mehr so gut sei und sie deshalb keine genauen Angaben mehr

machen könnten. Zu den Aussagen, die sie bereits im vergangenen Jahr bei der Landespolizei machten, standen sie aber nach wie vor. Der dritte Zeuge hat sich krank gemeldet und ist gestern nicht vor Gericht erschienen. Bei ihm sollte der Angeklagte ebenfalls Geld betreiben – dabei hat er laut der Anklageschrift dem Zeugen eine Faustfeuerwaffe an die Stirn gehalten. Die Aussagen des

Zeugen und dessen Frau wurden gestern verlesen.

«Keine konkrete Drohung ausgesprochen»

Die Staatsanwaltschaft forderte einen Schuldspruch im Sinne der Anklageschrift. «Mir ist bewusst, dass die beiden Zeugen auch keinen einwandfreien Leumund haben», erklärte die Staatsanwältin. Trotzdem seien einige Aussagen des Angeklagten widersprüchlich und er habe den Graubereich, den Inkassobetriebe mit sich bringen, überschritten. Sein Verteidiger beantragte einen Freispruch und betonte wie die Staatsanwältin, die nicht ganz reinen Westen der Zeugen. Zudem käme sein Mandant aus der Baubranche, in der es üblich sei, eine etwas rauere Sprache zu benutzen. «Es wurde keine konkrete Drohung ausgesprochen», so der Verteidiger. Trotzdem sprach das Gericht den Angeklagten in zwei Punkten für schuldig. Demnach muss er für sechs Monate ins Gefängnis. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Magdalena Hilbe
mhilbe@medienhaus.li

ROLF SCHUBIGER



KÜCHE
BAD
RAUM

Mehr erfahren auf
rolf-schubiger.ch